

Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Für einen umfassenden Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren

(2019/C 404/07)

Berichterstatter:	Uno SILBERG (EE/EA), Vorsitzender des Gemeinderats Kose
Referenzdokument:	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Für einen umfassenden Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren
	COM(2018) 734 final

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN

Allgemeine Bemerkungen

1. ist der Auffassung, dass es wichtig war, dass die Kommission eine umfassende Überprüfung des bestehenden EU-Rechtsrahmens für endokrine Disruptoren eingeleitet hat, und teilt die Auffassung, dass es erforderlich ist, das Konzept der EU für den Umgang mit endokrinen Disruptoren auf der Grundlage des Wissens-, Ergebnis- und Erfahrungszuwachses zu aktualisieren, damit es weiterhin den Stand der Technik widerspiegelt und einen kohärenten Umgang mit diesen Stoffen in den unterschiedlichen Bereichen ermöglicht;
2. hält es für besorgniserregend, dass die wissenschaftlichen Nachweise über den Zusammenhang zwischen einer Exposition gegenüber endokrinen Disruptoren und Erkrankungen beim Menschen bzw. negativen Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt seit 1999 solider untermauert werden konnten;
3. hält die bisher an die Öffentlichkeit gerichteten Informationen über endokrine Disruptoren für besorgniserregend oberflächlich, da vielen Bürgern die Begriffe „endokrine Funktion“ und „endokrine Disruptoren“ unbekannt sein dürften;
4. unterstützt die Initiativen der Kommission, mit denen sie ein hohes Schutzniveau für EU-Bürgerinnen und Bürger sowie die Umwelt gewährleisten und gleichzeitig eine Anpassung des Binnenmarktes vornehmen will, der den neuen Umständen Rechnung trägt und den Verbrauchern zugutekommt;
5. weist auf die Konflikte hin, die zwischen einem hohen Schutzniveau für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Umwelt und gewinnorientierten Unternehmen entstehen können; zu diesem Zweck müssen von vornherein die Auswirkungen der Maßnahmen und die Risiken für die Wirtschaft berücksichtigt werden;
6. fordert die Kommission auf, die Ausarbeitung und Annahme der neuen Strategie für endokrine Disruptoren nicht weiter zu verzögern;
7. ruft dazu auf, dass die neue Strategie durch einen genauen Zeitplan ergänzt wird, um in allen einschlägigen EU-Rechtsvorschriften geeignete Kriterien für endokrine Disruptoren umzusetzen und insbesondere bei den am stärksten gefährdeten Gruppen Fortschritte bei der Verringerung der Exposition gegenüber diesen Chemikalien zu erzielen;
8. fordert die Kommission auf, möglichst rasch die bestehenden Unterschiede zwischen den Rechtsvorschriften der EU auszuräumen und den Umgang mit endokrinen Disruptoren zu vereinheitlichen, d. h. ausgehend von der Annahme, dass es nicht möglich ist, mit ausreichender Sicherheit einen sicheren Schwellenwert für die Exposition festzulegen;
9. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, den Gesundheitsergebnissen der Bürger Vorrang einzuräumen, dabei aber auch die Interessen der Verbraucher und der Industrie zu berücksichtigen, und die Mittel für eine unabhängige, öffentlich finanzierte Erforschung endokriner Disruptoren und unbedenklicher Alternativen sowie anderer innovativer Lösungen erheblich aufzustocken;

10. ist der Ansicht, dass Europa in der internationalen Zusammenarbeit bei der Untersuchung, Kontrolle und Identifizierung endokriner Disruptoren eine Führungsposition innehat; spricht sich für eine verbesserte Erhebung von Daten und deren Austausch aus und unterstützt die Idee einer internationalen Klassifizierung der endokrinen Disruptoren;

Erforschung endokriner Disruptoren

11. ist überzeugt, dass die Behörden aller Regierungs- und Verwaltungsebenen zur Finanzierung der Forschung zu den endokrinen Disruptoren beitragen sollten, um Wissenslücken zu schließen und die dringend benötigten Erkenntnisse zu gewinnen;

12. betont, dass darüber informiert werden muss, wie und in welchem Maße Menschen und andere lebende Organismen der Exposition gegenüber endokrinen Disruptoren ausgesetzt sind, wie sich diese Stoffe verbreiten und welche Auswirkungen sie auf die menschliche Gesundheit sowie die Tier- und Pflanzenwelt haben;

13. befürwortet ausdrücklich den in der vorliegenden Mitteilung enthaltenen Vorschlag, über „Horizont Europa“ Forschungsmittel bereitzustellen, um folgende Aspekte genauer zu untersuchen: Mischungs- bzw. Cocktail-Effekt, Gefahren- und Risikobewertung, Eliminierung bedenklicher Stoffe in der Produktion und in den Phasen am Ende des Lebenszyklus, Öko-Innovation, Beseitigung von Umweltverschmutzung, Schnittfeld zwischen Chemikalien, Produkten und Abfall;

14. fordert die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) zu verstärkter Zusammenarbeit und Koordinierung auf, um die vorhandenen Mittel wirkungsvoll für umfassende Bewertungen einzusetzen;

15. verweist auf den Bericht über die Kosten der Tatenlosigkeit („The Cost of Inaction“) ⁽¹⁾ im Auftrag des Nordischen Ministerrates, in dem die (vollen) Kosten, die sich aus der Wirkung endokriner Disruptoren auf die reproduktive Gesundheit von Männern in der EU-28 ergeben, auf 1 267 Mio. EUR pro Jahr beziffert werden;

16. verweist auf die Ergebnisse einer weiteren Studie ⁽²⁾, in der endokrine Disruptoren mit einer Schwächung des IQ und dem damit zusammenhängenden Verfall der intellektuellen Fähigkeiten sowie mit Autismus, Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörungen, Endometriose, Uterusmyomen, Fettleibigkeit bei Kindern und Erwachsenen, Typ-2-Diabetes, Kryptorchismus, Unfruchtbarkeit bei Männern und erhöhter Sterblichkeit infolge von Testosteronmangel in Verbindung gebracht werden. Der Studie zufolge entstehen in Europa dadurch jährliche Kosten in Höhe von 163 Mrd. EUR (1,28 % des EU-BIP);

17. hält die Definition, die 2002 im Rahmen des Internationalen Programms für Chemikaliensicherheit — einem gemeinsamen Programm verschiedener UN-Agenturen, darunter der Weltgesundheitsorganisation, — festgelegt wurde und der zufolge endokrine Disruptoren definiert sind als von außen zugeführte Stoffe oder Stoffgemische, die die Funktion(en) des Hormonsystems verändern und dadurch Gesundheitsschädigungen in einem intakten Organismus, bei seinen Nachkommen oder in (Teil-)Populationen verursachen, für bedenklich, da sie nach heutigem Kenntnisstand zu eng gefasst ist und die Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt nicht genügend berücksichtigt;

18. schlägt vor, auf der Grundlage des derzeitigen Kenntnisstands folgenden Wortlaut für die Definition endokriner Disruptoren zu erwägen: „Endokrine Disruptoren sind von außen zugeführte Stoffe oder Gemische chemischer Stoffe, die die Funktion(en) der Hormone und des Hormonsystems verändern und sich dadurch schädigend auf physiologische und Entwicklungsprozesse einschließlich der Gesundheit von Menschen und Tieren und ihren Nachkommen auswirken“;

19. unterstreicht, dass es nicht ausreicht, nur den Zusammenhang zwischen endokrinen Disruptoren und Erkrankungen beim Menschen zu untersuchen; vielmehr muss das Thema insbesondere vom Standpunkt der menschlichen Gesundheit, der Tier- und Pflanzenwelt und der Umwelt sowie unter dem Aspekt behandelt werden, dass etwaigen Auswirkungen auf die Gesellschaft im weiteren Sinne — sowohl in sozialer als auch wirtschaftlicher Hinsicht — vorgebeugt wird;

20. betont, dass zwar Einvernehmen darüber besteht, dass das kritischste Zeitfenster bei der Exposition gegenüber endokrinen Disruptoren wichtige Entwicklungsphasen sind, wie die Entwicklung des Fötus und die Pubertät, hält es aber für besorgniserregend, dass eine Exposition gegenüber endokrinen Disruptoren in diesen Phasen dauerhafte Folgen haben und im weiteren Lebensverlauf zu einer erhöhten Anfälligkeit für Krankheiten führen kann;

21. empfiehlt, die Erkenntnisse über die Ursachen für das Entstehen von Krankheiten, beispielsweise über die Zunahme von mit Autismus geborenen Kindern oder die Zunahme der Erkrankung an Hodenkrebs, zu vertiefen und bekannt zu machen;

⁽¹⁾ <https://www.norden.org/en/publication/cost-inaction>

⁽²⁾ <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/27003928>

22. betont ferner, dass der heutige Stand der Wissenschaft keine ausreichende Grundlage bietet, um einen Grenzwert festzulegen, unterhalb dessen keine schädlichen Auswirkungen auftreten. Daher sollten endokrine Disruptoren als Stoffe ohne Schwellenkonzentration gelten, was bedeutet, dass jede Exposition gegenüber solchen Stoffen ein Risiko mit sich bringen kann, insbesondere während der kritischen Entwicklungsphasen (pränatal, postnatal und Pubertät), und dass Mischungseffekte besonders zu berücksichtigen sind;
23. ist besorgt darüber, dass sich die Forschung bisher im Wesentlichen auf eine begrenzte Anzahl endokriner Wirkungsweisen konzentriert hat: In den vergangenen Jahren konnte jedoch nachgewiesen werden, dass auch andere Bereiche des endokrinen Systems für endokrine Disruptoren anfällig sein können und dass endokrine Disruptoren zusammen eine additive Wirkung haben können („Mischungs-“ oder „Cocktail-Effekt“), sodass die Exposition gegenüber einer Kombination aus endokrinen Disruptoren bei Konzentrationen eine schädliche Wirkung hervorrufen kann, für die einzeln keine Wirkung festgestellt wurde;
24. hält weitere, vor allem über das Programm Horizont 2020 finanzierte Forschung für notwendig, durch die die Auswirkungen der Exposition gegenüber endokrinen Disruptoren in Bezug auf die Ätiopathogenese und den Verlauf von Krankheiten sowie auf die Tier- und Pflanzenwelt geklärt werden könnten;
25. hält Forschungsarbeiten für die Konzipierung, Weiterentwicklung und Validierung von Prüfmethoden sowie für die Erarbeitung von Vorhersagemodellen für notwendig;
26. begrüßt, dass unter der Federführung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gezielt auf eine bessere Verfügbarkeit von Prüfleitlinien zur Identifizierung endokriner Disruptoren und auf eine Beseitigung der auf EU- und auf internationaler Ebene festgestellten Lücken in den Prüfmethoden hingearbeitet wird;
27. fordert die Kommission auf, gezielte Forschungsprojekte — wozu auch die Entwicklung neuer Prüf- und Analysemethoden gehört — zu Stoffen zu unterstützen, die das endokrine System beeinträchtigen können, und den Schwerpunkt auf die negativen Wirkungen geringer Konzentrationen oder der kombinierten Exposition zu legen;
28. fordert die Kommission auf, *In-vitro*- und *In-silico*-Methoden zu entwickeln, um Tierversuche beim Screening in Bezug auf endokrine Disruptoren auf ein Minimum zu reduzieren;
29. nimmt die bislang geförderten oder in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten erfreut zur Kenntnis und hofft, dass für die künftige Förderung der Erforschung endokriner Disruptoren deutlich mehr Haushaltsmittel bereitgestellt werden;

Bisherige EU-Politikmaßnahmen und Regulierung endokriner Disruptoren

30. begrüßt die verschiedenen Initiativen und Vorschläge der Kommission zum Umgang mit endokrinen Disruptoren, darunter den Vorschlag für eine Verordnung über die Transparenz und Nachhaltigkeit der Risikobewertung, die europäische Strategie für Kunststoffe, die Trinkwasserrichtlinie, die Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher, das Binnenmarktpaket für Waren und die Aktualisierung des bestehenden Rechtsrahmens für den Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz;
31. erinnert jedoch daran, dass die Kommission in dem Beschluss Nr. 1386/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über ein allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2020 mit dem Titel „Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“^(?) verpflichtet worden war, bis 2015 horizontale Maßnahmen zu ergreifen, um u. a. eine „Minimierung der Belastung durch endokrine Disruptoren“ zu erreichen, und dass bis 2018 eine Unionsstrategie in diesem Bereich ausgearbeitet werden sollte. Der AdR bedauert daher, dass das jetzt vorgelegte Dokument hinter diesen Zusagen von 2013 zurückbleibt;
32. verweist darauf, dass die Grundsätze der „besseren Rechtsetzung“ nicht dazu führen sollten, dass Maßnahmen hinausgezögert werden, deren Ziel es ist, potenziell schwerwiegende oder unumkehrbare Folgen für die menschliche Gesundheit und/oder für die Umwelt abzuwenden oder abzumildern, wie es das in den EU-Verträgen verankerte Vorsorgeprinzip vorsieht;
33. weist erneut darauf hin, dass sich die Europäische Union verpflichtet hat, zur Thematik Schadstoffe auf internationaler Ebene tätig zu werden, und verweist auf die WHO Europe-Erklärungen von Parma und Ostrava;
34. begrüßt den von Frankreich, Schweden, Dänemark und Belgien eingeschlagenen Weg, ihre Bürgerinnen und Bürger durch umfassende nationale Maßnahmen zur Beschränkung der Verwendung von endokrinen Disruptoren besser zu schützen; ruft die Kommission auf, sich an diesen Vorreiter-Mitgliedstaaten zu orientieren und ein Höchstmaß an Schutz für alle Menschen in Europa zu gewährleisten;

(?) ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 171.

35. ist der Auffassung, dass in der gesamten Gesetzgebung den vorgelagerten Aktivitäten mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden sollte, d. h., dass Hersteller von Chemikalien, Arzneimittelproduzenten usw. stärkeren Auflagen unterliegen müssen. Eine Konzentration auf weitere Reinigungsschritte in Trinkwasseranlagen und Klärwerken ist nicht kosteneffizient;
36. ist besorgt, dass — anders als z. B. bei Tabakwaren — Stoffe mit endokriner Wirkung nicht völlig vermieden werden können, da sie überall vorhanden sind und in die Körper der Menschen in Europa gelangen, ohne dass diese dies wissen oder wollen;
37. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den europäischen Bürgern in angemessener Form und verständlicher Sprache verlässliche Informationen über die mit endokrinen Disruptoren einhergehenden Gefahren sowie über deren Auswirkungen und die Möglichkeiten zur Senkung der Exposition zur Verfügung zu stellen;
38. fordert ein Verbot von Bisphenolen und Phthalaten in Lebensmittelkontaktmaterialien;
39. weist darauf hin, dass Bisphenol A (BPA) oft durch Bisphenol S (BPS), Bisphenol F (BPF) und Bisphenol HPF (BHPF) ersetzt wird, die bislang weniger erforscht sind, aber offenbar ähnliche endokrine Wirkungen haben; ist deshalb der Ansicht, dass die gesetzgebenden Organe nicht einzelne Stoffe, sondern Gruppen von verwandten Stoffen regulieren sollten. Soweit keine zuverlässigen Daten das Gegenteil beweisen, sollten für Stoffe mit ähnlicher Struktur die gleichen schädlichen toxikologischen Eigenschaften angenommen werden wie für den giftigsten bekannten Stoff dieser Gruppe;
40. merkt an, dass ein auf dem Vorsorgeprinzip beruhender Ansatz und dessen strikte Einhaltung auch im Eigeninteresse der (chemischen) Industrie liegt, zu Investitionen in die Forschung und die Entwicklung innovativer und umweltfreundlicher Produkte sowie unbedenklicher und nachhaltiger Alternativen beiträgt und somit die Entwicklung des Binnenmarktes und die Gesamtwirtschaft positiv beeinflusst;
41. schlägt vor, den Rechtsrahmen und die Schutzbestimmungen der EU in Bezug auf endokrine Disruptoren, die direkte Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben, zu modernisieren, sodass beispielsweise Rechtsvorschriften und Leitlinien für Kosmetika auch auf den Schutz schwangerer Frauen ausgerichtet werden;
42. schlägt vor, „Hochrisikoflächen und -gebiete“ zu untersuchen, wie beispielsweise landwirtschaftliche Flächen und Grünland, die mit Klärschlamm gedüngt werden, das Umland von Mülldeponien und Müllverbrennungsanlagen oder im weiteren Sinne Regionen wie die Ostsee, das Mittelmeer, den Donaauraum usw.;

EU-Politikmaßnahmen im Bereich endokrine Disruptoren voranbringen — Die Wirkung der geplanten Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene

43. begrüßt, dass die Kommission eine Eignungsprüfung einleitet, um zu bewerten, ob mit den einschlägigen Rechtsvorschriften der EU über endokrine Disruptoren das übergeordnete Ziel erreicht wird, die menschliche Gesundheit und die Umwelt durch Minimierung der Exposition gegenüber diesen Stoffen zu schützen;
44. begrüßt ein auf aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhendes Verständnis endokriner Disruptoren und die diesbezügliche Politikgestaltung;
45. hält es für unverzichtbar, die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich über die Erkenntnisse in Bezug auf endokrine Disruptoren und ihre Verbreitung sowie über die von ihnen ausgehenden Gefahren zu informieren;
46. hält es für wichtig, dass die Kommission alle Kräfte mobilisiert, um giftige Chemikalien, einschließlich endokriner Disruptoren, in Produkten zu identifizieren, und eine entsprechend informative Produktkennzeichnung u. Ä. festlegt und umsetzt;
47. ist der Auffassung, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften zwar für gewöhnlich nicht die Befugnisse haben, um Rechtsvorschriften über endokrine Disruptoren zu erlassen, aber dennoch verpflichtet sind, sich um das Wohlergehen ihrer Bevölkerung zu kümmern (in den meisten EU-Mitgliedstaaten ist die regionale Ebene für die Gesundheitssysteme zuständig);
48. hält es daher für wesentlich und zugleich für ethisch und wirtschaftlich bedeutsam, dass sich die lokale und regionale Ebene zu endokrinen Disruptoren äußert, denn bekanntlich wirken sie sich auf die Gesundheit heutiger und künftiger Generationen aus;
49. lässt keinen Zweifel daran, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bereit sind, die künftigen Generationen zu schützen, wobei sie sich vom wachsenden Druck einer starken Industrie und mancher Handelspartner der EU nicht beirren lassen;

50. weist angesichts des Fehlens angemessener und umfassender nationaler und europäischer Rechtsvorschriften zu endokrinen Disruptoren auf Initiativen wie „EDC-freie Städte und Gebiete“, „Ungefährliche Städte“ und „Pestizidfreie Städte“ hin, die von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ergriffen wurden, um die Exposition ihrer Bewohner, insbesondere der am stärksten gefährdeten Gruppen, d. h. Kinder und Schwangere, gegenüber Chemikalien mit endokriner Wirkung zu verringern;

51. hält es für sehr wichtig, dass EU-Politikmaßnahmen im Bereich endokrine Disruptoren vorangebracht und die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf die lokale und regionale Ebene analysiert werden;

52. erinnert daran, dass bestimmte Phthalate heutzutage im Gesundheitswesen gebraucht werden, um Medizinprodukte hinreichend weich zu machen. Bevor der Phthalatgehalt gesenkt werden kann, muss die Entwicklung neuer Produkte mit denselben Leistungen vorangetrieben werden. Bei der weiteren Verwendung dieser Stoffe ist es auch wichtig, mittels wirksamer Sammel- und Entsorgungssysteme eine ordnungsgemäße Beseitigung der Produkte nach deren Gebrauch sicherzustellen;

53. ist davon überzeugt, dass die Priorisierung der Indikatoren für die menschliche Gesundheit gegenüber den Interessen der Industrie und des Binnenmarkts neue Herausforderungen für die Entwicklung und den Einsatz nachhaltiger Technologien für die Gesundheit und die Umwelt mit sich bringt und wahrscheinlich der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zugutekommen würde, da diese dadurch zu Innovationen und zu Investitionen in intelligentere und langfristige Lösungen veranlasst würden. Sie muss jedoch auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und mit einer Analyse der sozioökonomischen Folgen einhergehen.

Brüssel, den 26. Juni 2019

Der Präsident
des Europäischen Ausschusses der Regionen
Karl-Heinz LAMBERTZ
